

ERBRECHT UND ERBSCHAFTSBESTEUERUNG IN ETHISCHER PERSPEKTIVE

Peter Koller

Einleitung

Angesichts der wachsenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte wie auch der merklich zunehmenden ökonomischen Ungleichheiten steht die Frage der Erbschaftsbesteuerung neuerdings wieder auf der Tagesordnung öffentlicher politischer Debatten, nachdem sie in den Jahrzehnten davor unter dem Einfluss neoliberalen Denkens als unerheblich oder sogar als irregeleitet abgeschrieben worden war. Die folgenden Ausführungen verfolgen das Ziel, diese Frage einerseits ganz allgemein im Lichte der normativen Grundlagen des Erbrechts und andererseits speziell in Hinsicht auf das gegenwärtig stattfindende Erbgeschehen zu erörtern.

Zu diesem Zweck werde ich zuerst die normativen Voraussetzungen, von denen ich ausgehe, in Kürze skizzieren; es handelt sich dabei um Grundsätze der ökonomischen Effizienz und der sozialen Gerechtigkeit, die zumindest im Prinzip breite Zustimmung finden, auch wenn ihr näheres Verständnis umstritten ist (1). Davon ausgehend werde ich die Rechtfertigungsgründe für die Institution des Erbrechts untersuchen, das ja eine präjudizielle Voraussetzung der Besteuerung von Erbschaften darstellt; diese Untersuchung wird ergeben, dass die Vererbung von Vermögen nur bis zu einem gewissen Umfang gerechtfertigt ist (2). Aus diesem Grunde werde ich im nächsten Schritt die Grenzen der Vererbung erkunden und dafür argumentieren, dass es in einem halbwegs geordneten gesellschaftlichen Gemeinwesen dem Staat obliegt, die Vererbung großer Vermögen durch eine angemessene Besteuerung zu begrenzen (3). Im Anschluss an diese grundsätzlichen Erwägungen wende ich mich dem gegenwärtigen Erbgeschehen zu, das, wie einschlägige empirische Erhebungen zeigen, in einem erheblichen Maße zu einem rapiden Wachstum der ohnehin schon ziemlich krassen sozio-ökonomischen Ungleichheiten beiträgt; das legt vor dem Hintergrund der angenommenen Grundsätze ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit die Forderung nach progressiven Erbschaftssteuern nahe (4). Da diese Forderung, die sich im Rahmen einer idealen normativen Theorie erhebt, in Anbetracht der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse wohl ziemlich illusorisch ist, plädiere ich abschließend für eine realistischere Politik der kleinen Schritte in Richtung auf eine angemessenere Besteuerung der Vererbung großer Vermögen; dafür kommen vor allem zwei Schritte in Betracht, die vielleicht einige Erfolgsaussichten haben könnten: eine zumutbare Anhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie die Institutionalisierung einer effektiveren internationalen Steuerkooperation (5).

1. Normative Voraussetzungen

Eine seriöse Bewertung sozialer Ordnungen, Institutionen oder Verhältnisse setzt normative Maßstäbe voraus, die eine geeignete Grundlage dafür bieten. Ich möchte deshalb zuallererst die Maßstäbe, von denen ich in den folgenden Ausführungen zum Erbrecht und zur Erbschaftsbesteuerung ausgehe, offen legen. Die Maßstäbe der öffentlichen Rechtfertigung oder Kritik sozialer Ordnungen können – analog zu Kants Unterscheidung zwischen technischen, pragmatischen und moralischen Richtlinien des individuellen Handelns – analytisch in drei Sorten eingeteilt werden: ökonomische Effizienz, Gemeinwohl (verstanden als das allgemeine Beste eines sozialen Kollektivs) und Moral (vgl. Koller 2002). Was das Verhältnis dieser Maßstäbe betrifft, so gilt im Allgemeinen, dass den verpflichtenden Forderungen der Moral normativer Vorrang vor Erwägungen des Gemeinwohls und der Effizienz zukommt, falls sie in Konflikt geraten. Ich lasse im Folgenden das Gemeinwohl auf sich beruhen und stelle nur auf die Gesichtspunkte der Effizienz und der Moral ab.

Ökonomische Effizienz zielt darauf ab, soziale Zustände (Ordnungen, Institutionen, Praktiken, Verhältnisse) im Hinblick auf ihre *Zweckmäßigkeit* oder *Nützlichkeit* für die beteiligten Personen zu bewerten. Demgemäß werden solche Zustände daraufhin verglichen, wie gut sie die *tatsächlichen Interessen* der Beteiligten unter den jeweils gegebenen Umständen, kurz: deren *De-facto-Präferenzen* im *Status quo*, befriedigen. Dabei ist es hilfreich, zwischen allokativer und produktiver Effizienz zu unterscheiden, je nachdem, ob die betrachteten Zustände in Hinsicht auf den Nutzen der in ihnen bestehenden Allokation von Gütern oder aber in Hinsicht auf ihre Eignung zu einer nutzbringenden Produktion von Gütern beurteilt werden. Obwohl die Frage, wie die individuellen Präferenzen der Beteiligten in eine allgemein akzeptable kollektive Nutzenfunktion transformiert werden sollen, umstritten ist, finden zwei Kriterien der Effizienz breite Zustimmung, zumindest unter Ökonomen: zum einen das *Pareto-Kriterium*, nach dem ein Zustand als effizient und darum als allgemein vorzugswürdig gilt, wenn von ihm aus keine Zustandsveränderung möglich ist, von der wenigstens eine Person profitiert, ohne dass Andere verlieren; und zum anderen das *Kaldor-Hicks-Kriterium*, dem zufolge ein Zustand dann effizienter ist als andere, wenn er, verglichen mit diesen, zumindest einigen der Beteiligten so großen Nutzen bringt, dass sie diejenigen entschädigen könnten, die in ihm schlechter fahren als in den anderen (vgl. Buchanan 1985, S. 4 ff). Obwohl beide Kriterien theoretisch nur mit gewissen Einschränkungen akzeptabel und praktisch mit erheblichen Anwendungsproblemen verbunden sind, werde ich von ihnen im Folgenden Gebrauch machen, da offenbar keine besseren zur Verfügung stehen.

Im Unterschied zur Effizienz verlangt die *Moral* eine *unparteiische Betrachtungsweise*, in der soziale Zustände in Hinsicht darauf bewertet werden, ob sie die Zustimmung aller betroffenen Personen unabhängig von deren zufälligen persönlichen Eigenschaften und sozialen Positionen finden können. Als Ausgangspunkt der Bewertung wird daher (statt des Status quo) ein *Zustand gleicher Wahlfreiheit* angenommen, und die betrachteten sozialen Zustände werden im Lichte der *grundlegenden Interessen* aller betroffenen Personen (nicht ihrer faktischen Präferenzen) verglichen. Die Sichtweise der Moral generiert vielfältige Grundätze, Regeln und Richtlinien des menschlichen Handelns und des sozialen Lebens, die unter

anderem zwei Sorten von moralischen Verbindlichkeiten inkludieren: zum einen die Gebote der *allgemeinen Pflichtmoral*, die für jede Person gegenüber Anderen gelten, und zum anderen die Erfordernisse der *Gerechtigkeit*, die sich auf bestimmte Konstellationen sozialen Handelns – wie den Vertragsverkehr, das Teilen gemeinschaftlicher Güter und Lasten, die Ausübung von Herrschaft und die Berichtigung geschehenen Unrechts – beziehen und nur die jeweils beteiligten Parteien verpflichten bzw. berechtigen. Die Gerechtigkeit – die sich ihrerseits in verschiedene Arten verzweigt, wie distributive, transaktionale, politische und korrektive Gerechtigkeit – stellt an die institutionelle Rahmenordnung moderner Gesellschaften eine Reihe von Anforderungen grundsätzlicher Art, die als solche der *sozialen Gerechtigkeit* angesprochen werden. Zu diesen Anforderungen, über deren näheres Verständnis vielfältige Meinungsverschiedenheiten bestehen, gehören vor allem die folgenden: rechtliche Gleichheit, bürgerliche Freiheit, demokratische Teilhabe, soziale Chancengleichheit und wirtschaftliche Ausgewogenheit (vgl. Koller 2003; 2010).

Da hier nicht der Platz ist, alle diese Forderungen im Detail zu erörtern, begnüge ich mich damit, die für die folgenden Erörterungen wesentlichen Grundsätze der bürgerlichen Freiheit, der sozialen Chancengleichheit und der wirtschaftlichen Ausgewogenheit etwas näher zu explizieren, und zwar so, dass sie einerseits gehaltvoll genug sind, um eine generalisierende Bewertung des Erbrechts und der Erbschaftsbesteuerung zu ermöglichen, andererseits aber doch allgemein genug bleiben, um breite Zustimmung finden zu können.

Bürgerliche Freiheit meint, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft Anspruch auf die gleiche Freiheit haben, ihr Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten und ihre Lebenspläne zu verwirklichen, und zwar im größtmöglichen Umfang, in dem das in einem wohlgeordneten gesellschaftlichen Zusammenleben für alle möglich ist. Es ist unumstritten, dass diese Forderung die bekannten *Grundfreiheiten* impliziert und jedenfalls so viel verlangt, dass die gesellschaftliche Ordnung die gleiche (negative) Freiheit aller Mitglieder von fremdem Zwang garantiert, indem sie ihr Handeln durch allgemeine und unpersönliche Regeln gleichermaßen auf den Umfang beschränkt, bei dem die Freiheit jeder Person mit der jeder anderen vereinbar ist. Aber das reicht nicht, um jeder Person tatsächlich ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, da es hierzu auch entsprechender Mittel bedarf. Eine adäquate Konzeption bürgerlicher Freiheit verlangt daher, dass die gesellschaftliche Ordnung zugleich die (positive) Freiheit jeder Person zu einem selbstbestimmten Handeln sichert, indem sie für eine halbwegs gerechte Verteilung der hierfür erforderlichen Mittel, wie der Einkommen, Vermögen und Erwerbsmöglichkeiten, Sorge trägt (siehe Koller 1996; 1997).

Soziale Chancengleichheit verlangt, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft gleiche Zugangsmöglichkeiten zu sozialen Positionen haben, seien sie formelle Funktionen in Staat und Politik oder berufliche Stellungen in der Privatwirtschaft. Das inkludiert mehrere Erfordernisse, die gewöhnlich in solche der formellen und der materiellen Chancengleichheit eingeteilt werden. *Formelle* Chancengleichheit, die heute so gut wie unumstritten ist, erfordert erstens die *allgemeine Offenheit* sozialer Positionen, die es verbietet, Personen den Zugang zu begehrten Positionen von vornherein zu verwehren, und zweitens die *selektive Fairness* der Vergabe sozialer Positionen, die es gebietet, solche Positionen im Wege fairer Verfahren zu

besetzen. Während exponierte Wirtschaftsliberale diese Erfordernisse schon für ausreichend halten, geben sich Linke damit nicht zufrieden. Auch ich meine, dass sie nicht genügen, weil sie die sozialen Umstände, die es einzelnen Personen überhaupt erst ermöglichen, begehrte soziale Positionen zu erreichen, ganz außer Acht lassen. Man wird kaum sagen können, dass in einer Gesellschaft Chancengleichheit besteht, wenn viele ihrer Mitglieder einzig und allein deswegen keinen Zugang zu begehrten Positionen haben, weil ihnen aufgrund der schlechten sozialen Lage ihrer Eltern die erforderlichen persönlichen Qualifikationen oder materiellen Mittel fehlen. Eine akzeptable Konzeption von Chancengleichheit muss daher auch ein Erfordernis *materieller Chancengleichheit* enthalten, das die Gesellschaft verpflichtet, allen ihren nachkommenden Mitgliedern eine hinreichende Grundausstattung an persönlichen Qualifikationen und/oder materiellen Mitteln zu verschaffen, die es ihnen tatsächlich ermöglichen, gleichberechtigt am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen (siehe Rawls 1971, §§ 14 ff; Roemer 1998; Barry 2005, 37 ff).

Wirtschaftliche Ausgewogenheit erfordert eine Wirtschaftsordnung, die eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Güter und Lasten garantiert. Worin eine solche Verteilung besteht, ist allerdings in hohem Maße kontrovers. Sieht man jedoch von extremen Ansichten am rechten und am linken Rand des Meinungsspektrums ab, so scheint weitgehende Einigkeit darüber zu bestehen, dass eine Wirtschaftsordnung nur dann als gerecht gelten kann, wenn sie trotz der Ungleichheiten, die sie generieren mag, auf lange Sicht für alle Beteiligten von Vorteil ist, d.h. deren Auskommen besser oder zumindest nicht viel schlechter sichert also andere mögliche Wirtschaftsordnungen (vgl. Rawls 1971, §§ 11 ff). Das legt es nahe, das Erfordernis der wirtschaftlichen Ausgewogenheit auf die folgende grundsätzliche Formel zu bringen, die für maßvolle Wirtschaftsliberale ebenso akzeptabel sein müsste wie für halbwegs moderate Linke: Ökonomische Ungleichheiten, also solche des Vermögens, des Einkommens und der Erwerbsmöglichkeiten, sind zulässig, wenn sie notwendige Begleiterscheinungen einer Gesellschaftsordnung sind, die aus unparteiischer Sicht im Interesse aller Beteiligten liegt; zulässig sind Ungleichheiten insbesondere dann, wenn sie erforderlich sind, Anreiz zur Erbringung von Leistungen zu bieten, die die soziale Wertschöpfung zum Vorteil aller, vor allem auch der schlechter gestellten Mitglieder vermehren; wenn sie sich unvermeidlich aus dem unabhängigen Handeln der Einzelnen im Rahmen einer allgemein vorteilhaften Eigentums- und Marktordnung ergeben; oder wenn sie im Rahmen eines im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder liegenden Systems der sozialen Sicherung entstehen, das bedürftigen Menschen unabhängig von ihren Leistungen eine angemessene, ihren grundlegenden Bedürfnissen entsprechende Existenzgrundlage bietet. Diese Formel lässt das Ausmaß zulässiger wirtschaftlicher Ungleichheiten offen, stellt aber deutlich heraus, dass solche Ungleichheiten einer Rechtfertigung bedürfen, die plausibel macht, dass sie mit einer sozialen Ordnung einhergehen, die allen Mitgliedern zum Vorteil gereicht (siehe Murphy/Nagel 2002, Kap. 3; Koller 2010).

So viel zu den normativen Maßstäben, die den folgenden Erörterungen zugrunde liegen. Ich habe sie bewusst sehr vage formuliert, um ihnen breite Zustimmung zu sichern. Sie sind aber, glaube ich, dennoch stark genug, um die Forderung nach einer progressiven Erbschaftsbesteuerung zu fundieren. Da diese Forderung in der gegenwärtigen politischen

Diskussion als überzogen und unrealistisch erscheinen wird, möchte ich schon an dieser Stelle eine in der philosophischen Ethik geläufige Unterscheidung von zwei *Stufen der normativen Theoriebildung* erwähnen, die es ermöglicht, die Radikalität jener Forderung zu mildern. Das ist die Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie. Eine *ideale Theorie* hat die Begründung allgemein akzeptabler Grundsätze gesellschaftlichen Ordnung zum Gegenstand, wozu einfachheitshalber angenommen wird, dass die als begründet erscheinenden Grundsätze ohne weiteres realisierbar sind und allgemein befolgt werden. Da diese Annahme in der Regel unrealistisch ist, befasst sich eine *nicht-ideale Theorie* mit der Frage, wie wir mit realen Verhältnissen umgehen sollten, welche die Verwirklichung solcher Grundsätze beeinträchtigen oder verhindern, wozu es meist erforderlich ist, die Grundsätze an die gegebenen Verhältnisse anzupassen, damit sie nicht völlig ins Leere laufen (vgl. Rawls 1971, § 39; Dworkin 2000, 120 ff; Swift 2008). Die folgenden Überlegungen werden hauptsächlich auf der Stufe einer idealen politischen Theorie bleiben. Davon ausgehend werde ich erst am Schluss einen Blick auf die sicher nicht ideale politische Realität werfen, die in unseren Ländern die Debatte um das Erbrecht und die Erbschaftsbesteuerung regiert.

2. Zur Rechtfertigung des Erbrechts

Die Besteuerung von Erbschaften setzt eine Erbrechtsordnung voraus, die das Vererben und Erben privater Besitztümer und Vermögen ermöglicht, indem sie einerseits die Erblasser berechtigt, ihre Besitztümer oder Teile derselben an ihre Angehörigen oder andere Personen ihrer Wahl zu übertragen, und andererseits den Erben das Recht einräumt, die ihnen zugedachten Besitztümer zu erwerben. Aus diesem Grund ist es zweckmäßig, zuerst einen Blick auf die Gründe zu werfen, die für oder gegen eine solche Erbrechtsordnung sprechen, um die Frage der Legitimität von Erbschaftssteuern sinnvoll erörtern zu können.

Für das Erbrecht gibt es eine Reihe von grundsätzlichen Argumenten, die sowohl moralische Gründe, vor allem solche der Gerechtigkeit, als auch ökonomische, auf Effizienz abstellende Gründe inkludieren. Da die meisten dieser Gründe analog auch für Schenkungen gelten, erstrecken sich die folgenden Ausführungen im Großen und Ganzen auch auf diese.

Die Erwägungen der *Gerechtigkeit*, die für das Erbrecht vorgebracht werden können, stützen sich vor allem auf zwei Forderungen der sozialen Gerechtigkeit, die sich aus dem Grundsatz der bürgerlichen Freiheit ergeben: das ist zum einen das Recht auf *Eigentumsfreiheit*, die jedoch nicht unbegrenzt ist, weil sie mit den Forderungen der sozialen Chancengleichheit und der wirtschaftlichen Ausgewogenheit vereinbar sein muss; und das ist zum anderen das Recht auf *Familienleben*, das die Gesellschaft zu einem angemessenen Schutz der Familie verpflichtet.

Der Grundsatz der bürgerlichen Freiheit verlangt, dass die gesellschaftliche Ordnung die gleiche Freiheit jeder Person garantiert, ihr Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten, insoweit dies in einer aus unparteiischer Sicht allgemein vorteilhaften gesellschaftlichen Ordnung für alle möglich ist. Und das ist, denke ich, bis zu dem Umfang der Freiheit möglich,

bei dem der Nutzen, den die Einzelnen aus ihrem Gebrauch ziehen, durch dessen negative Effekte auf Andere oder die Allgemeinheit überwogen wird. Da privates Eigentum zweifellos eine wichtige Voraussetzung individueller Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsfähigkeit ist, impliziert dieser Grundsatz ein Recht auf privates Eigentum und dessen freien Gebrauch, kurz: auf *Eigentumsfreiheit*, insoweit dieses Recht auf längere Sicht allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt. So verstanden, inkludiert die Eigentumsfreiheit jedenfalls das Recht auf die eigene Arbeitskraft und die Produkte eigener Arbeit, das Recht auf freizügige Verfügung über alle jene Dinge, die Menschen für eine normale Lebensführung brauchen, und mit gewissen Einschränkungen auch das Recht auf den vertraglichen Transfer solcher Dinge. Überdies deckt die Eigentumsfreiheit wohl auch private Eigentumsrechte an Produktionsmitteln und Kapitalgütern ab, soweit sie die wirtschaftliche Wertschöpfung zum Vorteil aller Gesellschaftsmitglieder fördern und mit der sozialen Chancengleichheit vereinbar sind, was bei einer einigermaßen ausgewogenen Eigentumsverteilung im Großen und Ganzen angenommen werden kann (vgl. Becker 1977; Waldron 1988). Und wenn eine solche Verteilung gesichert ist, spricht auch viel dafür, dass die Eigentumsfreiheit auch ein *Erbrecht* inkludiert, das es jeder Person ermöglicht, ihre Besitztümer an ihre Nachkommen, Angehörigen oder in einem gewissen Ausmaß an andere Personen ihrer Wahl zu vererben oder zu verschenken, wobei jedoch die legitimen Ansprüche der Familienangehörigen und Nachkommen der Erblasser besondere Berücksichtigung verdienen (siehe Beckert 2004a, Kap. 2).

Dass die Institution der Familie in der Regel eher eine gute Versorgung, Erziehung und Ausbildung der Kinder gewährleistet als alternative öffentliche Einrichtungen, aber auch die soziale Einbindung der Erwachsenen fördert und das Risiko eines vereinsamten Lebensabends verringert, wird trotz der zum Teil sicher berechtigten Kritik an dieser Institution durch vielfältige Befunde bestätigt. Aus diesem Grund ist auch das *Recht auf Familienleben* ein Erfordernis bürgerlicher Freiheit, das einen hinreichenden Schutz der Familie verlangt. Dieser Schutz muss, um den Bestand und den Zusammenhalt der Familien zu stärken, in wechselseitigen Rechten und Pflichten ihrer Mitglieder Ausdruck finden, die eine angemessene Versorgung der Kinder und Unterhaltsberechtigten gewährleisten und die solidarischen Bindungen zwischen den Mitgliedern fördern. Und dazu gehört auch ein Erbrecht, das den versorgungsberechtigten Nachkommen und Angehörigen nicht nur den unbedingt notwendigen Lebensunterhalt, sondern in einem gewissen Ausmaß auch einen standesgemäßen, der sozialen Lage der Familie einigermaßen entsprechenden Lebensstandard sichert. Dazu bedarf es eines *Noterbrechts*, das diesen Personen einen Pflichtteilsanspruch am Erbe verbürgt, dem Vorrang vor anders lautenden testamentarischen Verfügungen zukommt (siehe Beckert 2004a, Kap. 3).

Neben diesen Gerechtigkeitsgründen sprechen auch gewichtige Gründe der *ökonomischen Effizienz* für ein Erbrecht. Sie besagen, dass das Erbrecht sowohl für die Erblasser als auch für die Erben einen beachtlichen Anreiz darstellt, erwünschte wirtschaftliche Leistungen zu erbringen, die andernfalls unterbleiben würden. Was die *Erblasser* betrifft, so kann wohl angenommen werden, dass die Möglichkeit, ihr Vermögen an ihre Nachkommen, Angehörigen oder andere Personen ihrer Wahl vererben zu können, sie eher dazu motiviert,

ihre Besitztümer schonend zu nutzen und ihr Vermögen zu mehren als sie für sich zu verbrauchen, sie zu vergeuden oder verfallen zu lassen. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass das Erbrecht die für eine produktive Wirtschaft erforderliche Kapitalbildung stimuliert und damit die gesamtwirtschaftliche Sparquote steigert (so Tullock 1971). Und ebenso wahrscheinlich ist es, dass das Erbrecht die Bereitschaft der *Erben* familieneigener Betriebe steigert, diese Betriebe weiterzuführen und in Anbetracht dessen schon frühzeitig die hierfür erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben. Insoweit trägt das Erbrecht sowohl zur allokativen als auch zur produktiven Effizienz des Wirtschaftslebens bei.

Insgesamt liefern die genannten Gründe eine recht solide Rechtfertigung einer Erbrechtsordnung, wie sie heute, wenn auch in verschiedenen Abwandlungen, in unseren Ländern existiert: eine Ordnung also, die (a) den Erblassern Testierfreiheit einräumt, vermöge welcher sie in einem durch ein Pflichtteilsrecht ihrer Nachkommen und Ehegatten begrenzten Umfang über ihren Nachlass testamentarisch frei verfügen können, und die (b) bei Fehlen einer testamentarischen Verfügung eine gesetzliche Erbfolge der Nachkommen, Gatten und Verwandten der Erblasser vorsieht. Die angeführten Gründe sind jedoch nicht geeignet, eine Begrenzung eines solchen Erbrechts auf Erbschaften bis zu einem bestimmten Umfang auszuschließen. Der Gedanke eines unbegrenzten Erbrechts erweist sich bei näherer Betrachtung überhaupt bald als haltlos. Es gibt nämlich eine ganze Reihe gewichtiger Argumente, die *gegen* die Vererbung privater Besitztümer und Vermögen großen Umfangs sprechen, Argumente, die umso schwerer wiegen, je größer die Vermögen sind, deren Vererbung zur Debatte steht. Dies führt mich zu den Grenzen der Vererbung.

3. Grenzen der Vererbung

Dafür, dass die Vererbung von Vermögen nur bis zu einem gewissen Umfang als gerechtfertigt erscheint und deshalb auf diesen Umfang beschränkt bleiben sollte, sprechen wiederum nicht nur Gründe der Gerechtigkeit, sondern auch solche der ökonomischen Effizienz.

Die Gründe der *Gerechtigkeit* stützen sich insbesondere auf die Erfordernisse der sozialen Chancengleichheit und der ökonomischen Ausgewogenheit. Dem Erbrecht werden durch die *soziale Chancengleichheit* insofern Grenzen gesetzt, als es mit dem Anspruch aller nachkommenden Gesellschaftsmitglieder auf eine hinreichende Basisausstattung von persönlichen Fähigkeiten und/oder materiellen Mitteln zur gleichberechtigten Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben vereinbar sein muss. Trotz der Meinungsdivergenzen, die über die nähere Konkretisierung dieses Anspruchs bestehen, ist doch so viel offensichtlich, dass er durch die Vererbung großer Vermögen verletzt wird, wenn daraus wachsende Vermögensungleichheiten resultieren, die ihrerseits wieder zunehmende Ungleichheiten der sozialen Chancen bedingen. Dazu kommt, dass erhebliche Vermögensungleichheiten dazu tendieren, sich über die Generationenfolge weiter zu verstärken, weil die Nachkommen vermögender Familien in der Regel auch entsprechend bessere Sozialisationsbedingungen und Bildungsmöglichkeiten vorfinden als die Kinder armer Eltern. Es besteht daher die Gefahr,

dass die sozialen Chancen der nachfolgenden Generationen immer weiter auseinanderdriften, wenn dem nicht durch entsprechende Gegenmaßnahmen Einhalt geboten wird (vgl. Beckert 1999; 2004a, Kap. 5).

Zum selben Resultat führt auch die Forderung *ökonomischer Ausgewogenheit*. Da sie wirtschaftliche Ungleichheiten nur dann und insoweit erlaubt, wenn und soweit sie notwendig mit einer allgemein vorteilhaften Wirtschaftsordnung verbunden sind, ist die Vererbung privater Vermögen mit ihr nur in dem Umfang vereinbar, in dem sie aus unparteiischer Sicht längerfristig allen Gesellschaftsmitgliedern zum Vorteil gereicht. Das ist aber, wenn die früher genannten Gründe für das Erbrecht zutreffen, nur insoweit der Fall, als es dazu dient, die für eine selbstbestimmte Lebensführung der Menschen und für eine effiziente Wirtschaftsordnung erforderliche Stabilität von Eigentumsrechten zu gewährleisten, die Versorgung von Familienmitgliedern zu sichern und die Weiterführung familieneigener Betrieben zu ermöglichen. Damit ist die Vererbung privater Vermögen kleinen bis mäßigen Umfangs sicher vereinbar, nicht aber ein Erbrecht, das beträchtliche wirtschaftliche Ungleichheiten generiert, die sich überdies im Zuge der Generationenfolge zu verstärken drohen.

Für eine Begrenzung des Erbrechts gibt es jedoch auch ökonomische Gründe, also solche der *Effizienz*. Da die Vererbung privater Vermögen nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt, sondern zum Teil von den starren Regeln des Erbrechts, zum Teil von den zufälligen Vorlieben der Erblasser regiert wird, bietet sie schon ihrer Natur nach keine Gewähr, dass die vererbten Güter in den Besitz von Personen gelangen, die aus ihnen größten Nutzen ziehen oder sie in zweckmäßiger Weise gebrauchen. Dieser Umstand fällt bei *kleinen* Erbschaften nicht ins Gewicht, weil andere Gründe für deren produktive Effizienz sprechen. Dagegen ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass die Vererbung *großer* Vermögen effizient ist. Ja, es besteht Grund zur Vermutung, dass sie in den meisten Fällen sowohl in allokativer als auch in produktiver Hinsicht ineffizient ist, und zwar in einem mit der Größe der vererbten Vermögen wachsendem Maße. Die Vererbung großer Vermögen ist in der Regel, wenn auch nicht immer, allokativ ineffizient, weil deren Erben meist ohnehin schon so reichlich mit Gütern gesegnet sind, dass es für sie kein schlimmer Verlust wäre, auf einen Teil des Erbes verzichten zu müssen, während Andere daraus mehr Nutzen ziehen könnten. Und sie ist wahrscheinlich in der Mehrzahl der Fälle auch produktiv ineffizient, weil sie viele Erben dazu verleitet, das ererbte Vermögen auf eine Weise zu verwenden, die nichts zur sozialen Wertschöpfung im Interesse Aller beiträgt oder sie sogar schmälert. Ich denke dabei gar nicht in erster Linie an die relativ seltenen und harmlosen Fälle, dass die Erben das Vermögen ungenutzt liegen lassen oder für ein Leben in Müßiggang und Luxus verschwenden, sondern eher an die verbreiteten und keineswegs harmlosen Ambitionen reicher Erben, ihr Vermögen in dubiose wirtschaftliche Aktivitäten oder Finanzgeschäfte zu investieren, die ihnen um den Preis der Ausbeutung bettelarmer Arbeitskräfte oder auf Kosten der Allgemeinheit hohe Renditen versprechen, oder es schlimmstenfalls sogar zum Gewinn politischer Macht zu benutzen, um die öffentliche Meinung und die staatliche Politik in eine die Sonderinteressen der Vermögenden begünstigende Richtung zu lenken.

Alle diese Erwägungen – die ökonomischen ebenso wie die moralischen – führen zum Ergebnis, dass der Vererbung privater Vermögen bestimmte Grenzen gesetzt sein müssen, um sie mit den Erfordernissen der Gerechtigkeit und der Effizienz in Einklang zu bringen. Das kann in rechtsstaatlich verfassten Gesellschaften nur durch die staatliche Gesetzgebung geschehen, der ja überhaupt die Aufgabe zukommt, nach Möglichkeit für eine gerechte und zweckmäßige soziale Ordnung Sorge zu tragen. Da der Staat, um diese sehr anspruchsvolle Aufgabe erfüllen zu können, entsprechende *Einnahmen* braucht, liegt es nahe, das hinterlassene Vermögen verstorbener Personen oder dessen Übertragung auf erbberechtigte Nachkommen zu einer Quelle solcher Einnahmen zu machen. Dafür kommen im Prinzip zwei Möglichkeiten in Betracht: die Konfiskation von Nachlässen über einer bestimmten Freigrenze zugunsten des Staatshaushalts und die Besteuerung von Nachlässen oder Erbschaften. Die Konfiskation von Nachlässen, insoweit sie einen gewissen Umfang überschreiten, ist wenig sinnvoll, weil sie der Vererbung eine allzu starre Grenze setzt, die den Anreiz zu einer darüber hinausgehenden Vermögensbildung schlagartig kappen würde. Infolgedessen spricht alles für eine *angemessene Erbschaftsbesteuerung*, bei der es ja ebenfalls möglich wäre, sie mittels einer starken Steuerprogression auf ein konfiskatorisches Niveau ansteigen zu lassen. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Erbschaftssteuern nur dann Sinn machen, wenn Schenkungen einer ähnlichen Besteuerung unterliegen (vgl. Murphy/Nagel 2002, Kap. 4; Boadway et al. 2010).

Die bisher vorgebrachten Gründe genügen freilich nicht, um das Erfordernis einer Begrenzung des Erbrechts durch Erbschaftssteuern hinreichend zu begründen. Die Begründung solcher Steuern setzt ferner voraus, dass der Staat die ihm zufließenden Einnahmen einer *sinnvollen Verwendung* zuführt, die vor allem darauf zielen muss, die soziale Chancengleichheit und die wirtschaftliche Ausgewogenheit zu fördern und das Angebot öffentlicher Güter zum Vorteil aller Gesellschaftsmitglieder zu steigern. Nun ist es aber offensichtlich, dass die staatlichen Regierungssysteme alles andere als perfekt sind, ja dass selbst die besten von ihnen Unzulänglichkeiten aufweisen, die vielfältige Gerechtigkeits- und Effizienzmängel ihrer Politik bewirken. Die üblichen Erscheinungsformen solcher Mängel sind bekannt: überbordende Bürokratie, Rent-seeking der Politiker, verschwenderischer Umgang mit Steuergeldern, mangelnde Transparenz und Kontrolle, Fehlleitung sozialer Leistungen, politischer Lobbyismus, Korruption. Falls diese Mängel ein Ausmaß erreichen, das erwarten lässt, dass der Staat die ihm zufließenden Steuereinnahmen ohnehin nur in dunkle Kanäle leitet statt die bestehenden gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Ineffizienzen zu mildern, dann wäre die Forderung nach einer weiter gehenden Besteuerung der Bürger in der Tat gegenstandslos. Doch davon kann in den Ländern Europas, in denen eine höhere Erbschaftsbesteuerung (oder, wie im Fall Österreichs, deren Wiedereinführung) zur Debatte steht, wohl nicht die Rede sein.

Ich setze daher im Folgenden voraus, dass eine angemessene Besteuerung der Vererbung privater Vermögen ein nicht unerhebliches Teilstück einer staatlichen Politik bildet, die das Ziel verfolgt, die gesellschaftlichen Verhältnisse in halbwegs gerechte und effiziente Bahnen zu lenken. Damit erhebt sich die Frage, worin eine angemessene Erbschaftsbesteuerung

bestehen könnte. Eine auch nur grobe Annäherung an diese Frage macht es erforderlich, einen Blick auf das gegenwärtige Erbgeschehen zu werfen.

4. Zum gegenwärtigen Erbgeschehen

Aus zahlreichen empirischen Studien geht deutlich hervor, dass in den entwickelten Ländern Europas seit einigen Jahrzehnten ein Prozess der Vermögensbildung im Gange ist, durch den zwar einerseits die absolute Zahl vermögender Personen wie auch der Umfang ihrer Vermögen ständig wachsen, andererseits aber auch die Vermögensungleichheit immer weiter zunimmt, weil die Mehrzahl der Bevölkerung nur relativ geringe oder gar keine Vermögenswerte besitzt. Eine der Ursachen dieser Entwicklung ist die sukzessive Vererbung privater Vermögen von Generation zu Generation, wovon die Wohlhabenden überproportional profitieren, während die wenig besitzenden mittleren Schichten viel geringere Zuwächse haben und die besitzlosen Gruppen auf der Stelle treten, ja infolge sinkender Löhne und wachsender Verschuldung vielfach sogar weiter verarmen.

Diese Entwicklung, die im Lichte der Erfordernisse von Gerechtigkeit und Effizienz äußerst bedenklich erscheint, wird durch die in den meisten europäischen Ländern bestehenden Erbschaftssteuern nur wenig oder gar nicht gebremst, weil sich diese Steuern meist auf einem ziemlich niedrigen Niveau bewegen, jedenfalls was die Ehepartner und Kinder der Erblasser betrifft (siehe Fessler et al. 2008; Boadway et al. 2010). Das war auch in Österreich so, bis die Erbschafts- und Schenkungssteuer im Jahr 2008 überhaupt entfallen ist, weil sich der Gesetzgeber, genauer: die ÖVP, im Interesse der Vermögenden und Bauern weigerte, das vom Verfassungsgericht wegen Verletzung des Gleichheitssatzes als verfassungswidrig aufgehobene Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz zu novellieren (dazu Marterbauer/Schürz 2007).

Ich fasse nur einige markante empirische Befunde über Umfang und Verteilung der vererbten Vermögen in Deutschland und Österreich in aller Kürze zusammen, um einen ungefähren Eindruck vom gegenwärtigen Erbgeschehen zu vermitteln. Diese Befunde dürften freilich nur ein sehr fragmentarisches Abbild der tatsächlichen Verhältnisse bieten, da wirklich verlässliche Daten zur Vermögensverteilung und zum Erbgeschehen nicht in zureichendem Maße zur Verfügung stehen, und das offenbar aus naheliegenden Gründen (dazu Schürz 2009).

Aus einer umfangreichen Untersuchung von Martin Kohli und Mitarbeitern, die auf Haushaltsbefragungen beruht, geht hervor, dass in Deutschland im Jahr 2002 ein Nettogesamtvermögen von ca. 5,7 Billionen Euro bestand, wovon 72,1% auf das reichste Haushaltsquintil und 20,6% auf das zweitreichste entfielen, in Summe also 92,7% des Gesamtvermögens auf 40% der Haushalte, wogegen die untersten 40% der Haushalte nur 1,2% des Vermögens besaßen. Der Gini-Koeffizient dieser Vermögensverteilung beträgt 0,718, was ein sehr hohes Ausmaß an Ungleichheit bedeutet, das jene der Einkommensverteilung beträchtlich übersteigt. Derselben Untersuchung zufolge haben die

Erbschaften und Schenkungen in der Zeit zwischen 1999 und 2002 insgesamt einen Umfang von etwa 36,5 Milliarden Euro erreicht. Dabei zeigte sich eine deutliche Korrelation der Größe der Erbschaften mit der Ausbildung und den Einkommen der Erben, wodurch die naheliegende Vermutung bestätigt wird, dass die Empfänger größerer Erbschaften in der Regel auch eine bessere Ausbildung und ein höheres Arbeitseinkommen haben (vgl. Kohli et al. 2005; Kohli et al. 2006).

Nach einer von Jens Beckert durchgeführten Studie betrug der Vermögensbesitz der Deutschen nach der Jahrtausendwende insgesamt um die 6 Billionen Euro. Davon entfielen 44,4% auf das reichste Bevölkerungsdezil, 21,7% auf das zweitreichste und 15,1% auf das drittreichste Dezil, während die unteren 20% der ärmsten Haushalte ein Minusvermögen (also Schulden) im Umfang von insgesamt 26 Milliarden hatten. Von diesem Vermögensbesitz wurden ca. 75 Milliarden pro Jahr vererbt, wovon nur 10% der Erben mehr als 200.000 bekamen, wogegen die untersten 20% gar nichts erbten. Aus den jährlichen Erbschaften von 75 Milliarden hat der Staat pro Jahr rund 4 Milliarden Euro an Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern lukriert, was auf eine durchschnittliche Steuerbelastung von ca. 5% hinausläuft. Beckert meint, diese Belastung erscheine ziemlich gering, wenn man bedenke, dass die geerbten Vermögen bei deren kluger Veranlagung eine Jahresverzinsung in ähnlicher Höhe abwerfen. Dies komme insbesondere den Erben größerer Vermögen zugute. Denn auch wenn im Prinzip eine gewisse Steuerprogression bestehe, sei die faktische Belastung nahezu flach, ja zum Teil sogar degressiv, da die höchste Progression gerade die kleinsten steuerpflichtigen Erbschaften von unter 5000 Euro treffe (vgl. Beckert 2007).

Die Informationslage über Vermögensbildung und Erbgeschehen in Österreich war bis vor Kurzem äußerst dürftig, verbessert sich aber sukzessive mit dem Fortgang eines großen Forschungsprojekts der Österreichischen Nationalbank (ÖNB), von dem bereits einige Teilergebnisse publiziert wurden (Beer et al. 2006; Schürz 2007; Fessler et al. 2008; Fessler et al. 2009; Fessler et al. 2010; Andreasch et al. 2012). Nach einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist der Nettovermögensbestand an Anlagegütern zu Marktpreisen in der Zeit von 1976 bis 2000 von 182 Milliarden auf 739 Milliarden Euro gewachsen, hat sich also mehr als vervierfacht. Demnach betrug das Vermögenswachstum jährlich im Schnitt 6% und war damit erheblich höher als das Wachstum des BIP mit 3,8% pro Jahr (Hahn/Magerl 2006). Ferner hat laut Martin Schürz (2007) der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte nach Berechnungen der ÖNB 2007 eine Höhe von 381 Milliarden Euro erreicht. Derzeit dürften die Vermögen der privaten Haushalte, so schätzt Markus Marterbauer (2011, 191), insgesamt brutto mindestens 1400 Milliarden Euro betragen. Davon sind ca. 880 Mrd Immobilienvermögen und etwa 440 Mrd Finanzvermögen. Beide sind sehr ungleich verteilt: Vom Finanzvermögen entfallen auf die untersten zwei Drittel der Haushalte nur ungefähr 20%, auf das oberste Zehntel dagegen um die 54%. Vom Immobilienvermögen besitzt das oberste Zehntel der Haushalte sogar 61%, während 41% der Haushalte gar keinen Immobilienbesitz haben.

Diese enormen Vermögensunterschiede heben unvermeidlich ebenso enorme Ungleichheiten der Erbschaften zur Folge. Eine von der ÖNB 2004 durchgeführte Haushaltsbefragung hat

ergeben, dass es in etwa 38% der Haushalte einen Erbanfall mit einer durchschnittlichen Erbsumme von 56.000 Euro gab, wobei das durchschnittliche Nettogeldvermögen der Erben (etwa 77.000 Euro) doppelt so hoch lag wie jenes der Nichterben. Der Geldwert der Erbschaften korreliert stark mit dem Nettoeinkommen der Erben, d.h. er steigt mit deren Einkommen zunehmend an, auch wenn der Wert der Erbschaften im Verhältnis zum Geldvermögen der Erben sinkt (Schürz 2007). Aus einer Erhebung der ÖNB im Jahr 2008 geht hervor, „dass etwa 10% der Erbenhaushalte, das heißt rund 2% aller Haushalte, etwa 40% des gesamten Erbschaftsvolumens auf sich vereinen“, was dem Erbschaftsvolumen der unteren 80% entspricht. Dieser Wert steigt bei Berechnung der Gegenwartswerte auf fast 50% des Erbschaftsaufkommens, was bedeutet, dass die obersten 10% der Erbenhaushalte gleich viel erben alle anderen Erbenhaushalte (Fessler et al. 2010, 45). Ein weiteres Ergebnis dieser Erhebung ist, dass die Ungleichheit bei der Vererbung von Immobilienvermögen besonders ausgeprägt ist: So verfügen die meisten Haushalte (90%), die Immobilien erben, bereits über Immobilienvermögen; und innerhalb der Gruppe der Haushalte, die Immobilien erben, steigt deren Wert mit dem bereits vorhandenen Immobilienvermögen der Erbenhaushalte deutlich an. Schließlich zeigt die Erhebung aufs Neue, dass die Höhe der Immobilienerbschaften auch mit dem Bildungsgrad und dem Einkommen der Erben zunimmt (siehe Fessler et al. 2008; 2010, 46 ff; Marterbauer 2011, 188 ff).

Dass das skizzierte Erbgeschehen negative Auswirkungen auf die Sozialstruktur und die politische Ordnung unserer gesellschaftlichen Gemeinwesen zeitigt, ist evident. Zu diesen Auswirkungen gehören vor allem die wachsenden sozialen Ungleichheiten und die zunehmende Dominanz der Finanzmärkte im Wirtschaftsleben.

Die in den meisten Ländern Europas regelmäßig durchgeführten Untersuchungen der Entwicklung der Sozialstruktur zeigen deutlich, dass die *sozio-ökonomischen Ungleichheiten* seit einigen Jahrzehnten allseits merklich zunehmen. Dafür gibt es zweifellos eine Vielzahl von Ursachen, darunter die steigende Arbeitslosigkeit, die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, das Stagnieren der Arbeitslöhne, der Abbau sozialer Leistungen, die Explosion der Einkommen der Wirtschaftskapitäne und die wachsende Spreizung der Bildungswege der Kinder vermögender und ärmerer Familien. Dazu trägt aber auch das Erbgeschehen nicht unerheblich bei, zumindest auf längere Sicht. Während die Vererbung kleiner Vermögen auf die Vermögensverteilung offenbar wenig Einfluss, ja möglicherweise sogar einen nivellierenden Effekt hat (so Kohli et al. 2005; 2006), treibt der intergenerationelle Transfer größerer Vermögen die Dynamik sozialer Ungleichheit mit wachsendem Tempo an, und dies umso mehr, je weiter im Laufe der Zeit die zu vererbenden privaten Vermögen wachsen (siehe Beckert 2004b; 2007; Fessler et al. 2008).

Das geschilderte Erbgeschehen hat ferner eine ständige Zunahme der Sparquote zur Folge, die das Finanzkapital immer weiter vermehrt und das rapide *Wachstum der Finanzmärkte* erklärt. In dem Maße, in dem die Vermögen, vor allem die großen, wachsen, steigt die Nachfrage nach ertragreichen Veranlagungsmöglichkeiten. Da wegen des stagnierenden wirtschaftlichen Wachstums Investitionen in produktive Unternehmen nur bescheidene Renditen bringen, die durch die Gewinnaussichten spekulativer Finanzgeschäfte weit überboten werden, drängen

die Vermögenden zunehmend auf die Finanzmärkte. Dadurch kommt es zu einer die realwirtschaftliche Entwicklung weit überschreitenden Aufblähung der Finanzmärkte, deren krisenhafte Dynamik auf die produktive Realwirtschaft übergreift und die Staaten, die das Bankensystem mit Steuergeldern zu retten suchen, in den Bankrott treibt (dazu Peukert 2010; Schulmeister 2010; Kraemer/Nessel 2012). Selbstverständlich wirken auch in diesem Fall vielfältige Faktoren zusammen, zu denen aber jedenfalls auch die Vererbung privater Vermögen gehört, weil sie in einem erheblichen Maße zur wachsenden Akkumulation und Ungleichverteilung privater Vermögen zu Lasten der benachteiligten Bevölkerungsschichten beiträgt (dazu Schulmeister 2007).

Ich bin der Ansicht, dass diese Befunde im Lichte von Gerechtigkeit und Effizienz die Forderung begründen, Erbschaften und Schenkungen ab einer gewissen Größe mit einer *progressiven Steuer* zu belasten, die bei extrem großen Erbschaften bis auf einen Grenzsteuersatz von 100%, also auf ein konfiskatorisches Niveau ansteigen sollte. Diese Forderung, die ich mangels einer hinreichenden Detailkenntnis des Erbgeschehens hier nicht näher konkretisieren kann, wird im Kontext der heutigen Debatte um die Erbschaftssteuer, vor allem in Österreich, als weit überzogen und politisch vollkommen unrealistisch erscheinen. Das nötigt mich, meinen Vorschlag abschließend doch etwas zu relativieren.

5. Von der idealen Theorie zur realen Politik

Meine bisherigen Ausführungen haben sich im Rahmen einer *idealen* normativen Theorie bewegt, die auf der kontrafaktischen Voraussetzung der reibungslosen Realisierbarkeit der als begründet betrachteten Grundsätze einer gerechten und effizienten sozialen Ordnung beruht. Nun ist es klar, dass diese Voraussetzung fiktiven Charakter hat. Denn in der Regel weicht die soziale Realität mehr oder weniger von diesen Grundsätzen ab, und sie erschwert deren Umsetzung durch mehr oder minder beträchtliche Hindernisse. Die Hindernisse, die einer gerechten und effizienten Steuerpolitik in den reichen Ländern Europas entgegenstehen, ergeben sich vor allem aus zwei Umständen: zum einen aus dem internationalen Steuerwettbewerb und zum anderen aus den bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen.

Der Prozess der ökonomischen Globalisierung, der seit einigen Jahrzehnten mit beschleunigter Geschwindigkeit voranschreitet, hat die Mobilität des Kapitals enorm gesteigert. Das hat einen *internationalen Steuerwettbewerb* ausgelöst, der die einzelnen Länder zur Senkung vermögensbezogener Steuern nötigt, wie etwa der Unternehmens-, Vermögens- und Kapitalertragssteuern, aber auch der Erbschafts- und Schenkungssteuern, um fluides Kapital anzulocken oder zumindest nicht an andere Länder zu verlieren. Entgegen der von neoliberalen Ideologen verbreiteten Ansicht ist dieser Wettbewerb jedoch keineswegs nutzbringend im Sinne des allgemeinen Besten. Er ist vielmehr ein ‚race to the bottom‘, ein Steuerdumping im Interesse der Vermögenden zum Nachteil jener Bevölkerungsgruppen, die sich, wie die Lohnabhängigen, Konsumenten, kleinen Unternehmer und die Empfänger von Sozialleistungen, der Besteuerung nicht entziehen können oder auf staatliche Hilfe

angewiesen sind (Genschel/Uhl 2006). Darüber hinaus eröffnen die bestehenden Steuergesetze, die zahlreichen Steueroasen und die vielerorts bestens gehüteten Bankgeheimnisse den Vermögenden vielfältige Wege der Steuerflucht und der Steuervermeidung, die es ihnen ermöglichen, ihre Steuerleistungen, sei es legal und illegal, auf ein Minimum zu reduzieren (dazu Liebert 2011).

Im Zuge der Globalisierung hat sich infolge der Liberalisierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs zugleich eine merkliche Verschiebung der Machtverhältnisse in den einzelnen Gesellschaften vollzogen, durch die die großen Unternehmen, die Vermögenden und die hochqualifizierten Arbeitskräfte deutlich an Macht gewonnen haben zu Lasten der meisten Arbeitnehmer und kleinen Unternehmer samt ihren Interessenverbänden (siehe Döring 1999; Rieger/Leibfried 2001). Die Gewinner dieser Machtverschiebung waren dank ihrer starken politischen Lobbymacht und medialen Dominanz imstande, ihren Einfluss auf die staatliche Politik und die öffentliche Meinung beträchtlich zu steigern und ein Klima zu schaffen, in dem die Märkte als unfehlbar gelten und die Befürwortung staatlicher Wirtschaftsregulierung im Allgemeinen und einer höheren Besteuerung der Vermögenden im Besonderen dem Verdacht der Leistungsfeindlichkeit, ja des Kommunismus ausgesetzt ist. Dem konnten und können die verlierenden sozialen Gruppen und ihre Fürsprecher – wie Arbeitslose, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen, Gewerkschaften und Linke – wenig entgegensetzen, weil sie einerseits zu fragmentiert sind, um sich wirksam organisieren zu können, und weil ihnen andererseits die Rückendeckung durch entsprechende internationale Institutionen fehlt, die erforderlich wären, um dem internationalen Lohn-, Sozial- und Steuerdumping zu begegnen. Angesichts dieser Machtkonstellation kann es kaum überraschen, dass die gegenwärtige öffentliche Debatte über Steuerpolitik an gravierenden Informationsdefiziten leidet und eine erhebliche Schieflage zugunsten der Interessen der Besitzenden aufweist. Es gibt zwar gewisse Anzeichen dafür, dass sich die politische Windrichtung infolge der andauernden Krise wieder zu drehen beginnt, doch bleibt abzuwarten, ob der Gegenwind genug Schubkraft gewinnt, um eine Richtungsänderung der Politik bewirken zu können.

In Anbetracht dieser Hindernisse, die einer gerechten und effizienten Steuerpolitik entgegenstehen, wäre es illusorisch zu glauben, dass deren Grundsätze vollständig oder auch nur annähernd in die politische Realität umgesetzt werden können. Falls überhaupt eine Perspektive für ihre Umsetzung besteht, dann die einer *Politik der kleinen Schritte*. Ich deute stichwortartig nur zwei relativ moderate, aber wichtige Schritte in Richtung auf eine angemessenere Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen an.

Der erste Schritt müsste eine maßvolle, den vermögenden Schichten einigermaßen zumutbare *Anhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern und ihrer Progression* sein (wozu in Österreich diese Steuer natürlich erst einmal wiedereingeführt werden müsste). Dabei sollten für kleinere Erbschaften großzügige Freibeträge (z.B. in der Höhe von 60.000 bis 70.000 Euro) sowie für Betriebsvermögen entsprechende Begünstigungen bestehen. In diesem Sinne hat Beckert (2007) für Deutschland den Vorschlag zur Diskussion gestellt, die Zuwächse aus Erbschaften und Schenkungen wie Einkommen zu behandeln und daher über einer gewissen

Schwelle mit der Einkommenssteuer zu belasten. Nach seinen Berechnungen würde eine solche Besteuerung bei einem Freibetrag von 60.000 Euro die kleineren Erbschaften, das sind 70%, gar nicht treffen und für größere Erbschaften eine progressive Belastung bedeuten, die bei einem jährlichen Erbschaftsvolumen von 75 Milliarden Euro dem Staat Einnahmen von rund 14 Milliarden bringen würde, also dreimal so viel wie bisher. Das wird aber wohl nur dann funktionieren, wenn es zugleich gelingt, die zahlreichen Schlupflöcher zur Steuervermeidung und Steuerflucht zu stopfen. Zu diesem Zweck ist ein weiterer Schritt vonnöten.

Der zweite Schritt müsste auf eine *effektive internationale Steuerkooperation* zielen, die eine Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze, das Schließen der Steueroasen, einen intensivierten Informationsaustausch zwischen den nationalen Steuerbehörden und eine entsprechende Informationspflicht der Banken und anderer Finanzinstitute gegenüber den Steuerbehörden erfordert. Eine solche Steuerkooperation setzt bekanntlich entsprechende internationale Abkommen voraus, die aber nur dann zustande kommen werden, wenn die Staaten bzw. deren Regierungen ein hinreichendes Interesse daran haben, was bisher offenbar nicht wirklich der Fall war. Doch es scheint, dass die Zahl der Staaten, die eine effektive Steuerkooperation anstreben, wächst, weil immer mehr in zunehmende Budgetnöte geraten und den meisten durch die bestehenden Steuerschlupflöcher Einnahmen entgehen. Aus diesem Grund ist es nicht unwahrscheinlich, dass es diesen Staaten bei einigem guten Willen ihrer Regierungen gelingt, eine Koalition zu bilden, die mächtig genug ist, jene Länder, die mit minimalen Steuern und Bankgeheimnissen die Vermögenden aus aller Welt zur Steuerflucht verleiten, eines Besseren zu belehren.

Die Realisierungschancen dieser Schritte, so moderat sie sein mögen, sind jedoch nicht sehr hoch, solange die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind, da sich die Regierungen ohne entsprechenden öffentlichen Druck wohl kaum dazu bequemen werden. Um diesen Druck zu erzeugen, scheint mir allerdings zweierlei vonnöten: zum einen die *Intensivierung öffentlicher Aufklärung*, also das Bemühen, die Bevölkerung über die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen zu informieren, um die Nebelwand der vorherrschenden Eigentums- und Marktideologie zu zerstreuen; und zum anderen die *Formierung einer neuen sozialen Bewegung*, die den benachteiligten Gesellschaftsgruppen eine Stimme gibt, die wachsenden Ungerechtigkeiten beim Namen nennt und auf einen Richtungswechsel der Politik drängt.

Literatur

Andreasch, Michael / Pirmin Fessler / Peter Mooslechner / Martin Schürz (2012), Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich, in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.), Sozialbericht 2011 – 2012. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen, Wien: BMASK, S. 247-265.

Barry, Brian (2005), Why Social Justice Matters, Cambridge: Polity.

Beer, Christian / Peter Mooslechner / Martin Schürz / Karin Wagner (2006), Austrian Household's Financial Wealth: An Analysis Based on Microeconomic Data, Monetary Policy & the Economy Q2/06, S. 94-110.

Becker, Lawrence C. (1977), Property Rights. Philosophic Foundations, London: Routledge.

Beckert, Jens (1999), Erbschaft und Leistungsprinzip. Dilemmata liberalen Denkens, Kursbuch 135, S. 41-63.

Beckert, Jens (2004a), Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts, Frankfurt / New York: Campus.

Beckert, Jens (2004b), Der Streit um die Erbschaftssteuer, Leviathan 32/4, S. 543-557.

Beckert, Jens (2007), Wie viel Erbschaftssteuern?, MPIfG Working Paper 07/4, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Boadway, Robin et al. (2010), Taxation of Wealth and Wealth Transfers, in: James Mirrlees (Hg.), Dimensions of Tax Design. The Mirrlees Review, Oxford: Oxford University Press, S. 737-814.

Buchanan, Allen: Ethics, Efficiency, and the Market, Totowa, NJ: Rowman & Allanheld 1985.

Döring, Diether, Hg. (1999), Sozialstaat in der Globalisierung, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Dworkin, Ronald (2000), Sovereign Virtue. The Theory and Practice of Equality, Cambridge, MA – London: Harvard University Press.

Fessler, Pirmin / Peter Mooslechner / Martin Schürz (2008), How Inheritances Relate to Wealth Distribution? Theoretical Reasoning and Empirical Evidence on the Basis of LWS Data, Luxembourg Wealth Study Working Paper Series, Working Paper 6.

Fessler, Pirmin / Peter Mooslechner / Martin Schürz / Karin Wagner (2009), Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich, Geldpolitik & Wirtschaft Q2/09, S. 113-134.

Fessler, Pirmin / Peter Mooslechner / Martin Schürz (2010), Immobilienerbschaften in Österreich, Geldpolitik & Wirtschaft Q2/10, S. 34-55.

Genschel, Philipp / Susanne Uhl (2006), Der Steuerstaat und die Globalisierung, in: Stephan Leibfried / Michael Zürn (Hg.), Transformation des Staates?, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 92-119.

Hahn, Franz R. / Christa Magerl (2006), Vermögen in Österreich, WIFO Monatsberichte 1/2006, S. 53-67.

Kohli, Martin, Jürgen Schupp und MitarbeiterInnen (2005), Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung (Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung), Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf, Freie Universität Berlin.

Kohli, Martin / Harald Künemund / Andrea Schäfer / Jürgen Schupp / Claudia Vogel (2006), Erbschaften und ihr Einfluss auf die Vermögensverteilung, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 75/1, S. 58-76.

Koller, Peter (1996), Freiheit als Problem der politischen Philosophie, in: Kurt Bayertz (Hg.), Politik und Ethik, Stuttgart: Reclam, S. 111-138.

Koller, Peter (1997), Grundlinien einer Theorie gesellschaftlicher Freiheit, in: Julian Nida-Rümelin / Wilhelm Vossenkuhl (Hg.), Ethische und politische Freiheit, Berlin – New York: de Gruyter, S. 476-508.

Koller, Peter (2002), Das Konzept des Gemeinwohls. Versuch einer Begriffsexplikation, in: Winfried Brugger et al. (Hg.), Gemeinwohl in Deutschland, Europa und der Welt, Baden-Baden: Nomos, S. 41-70.

Koller, Peter (2003), Soziale Gerechtigkeit – Begriff und Begründung, Erwägen Wissen Ethik 14, Heft 2, S. 237-250.

Koller, Peter (2010), Bausteine einer Theorie ökonomischer Gerechtigkeit, in: Christian Spieß (Hg.), Freiheit – Natur – Religion. Studien zur Sozialethik, Paderborn: Schöningh 2010, S. 193-239.

Kraemer, Klaus / Sebastian Nessel, Hg. (2012), Entfesselte Finanzmärkte. Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus, Frankfurt/New York. Campus.

Liebert, Nicola (2011), Steuergerechtigkeit in der Globalisierung. Wie die steuerpolitische Umverteilung von unten nach oben gestoppt werden kann, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Marterbauer, Markus (2011), Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle, Wien: Deuticke.

Marterbauer, Markus / Martin Schürz (2007), Der Streit um die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Österreich, WISO 30, Wien: Institut für Sozial- und Wirtschaftsforschung, S.35-52.

Murphy, Liam / Thomas Nagel (2002), The Myth of Ownership. Taxes and Justice, Oxford: Oxford University Press.

Peukert, Helge (2010), Die große Finanzmarktkrise. Eine staatswissenschaftlich-finanzsoziologische Untersuchung, Marburg: Metropolis.

Rawls, John (1971), A Theory of Justice, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Rieger, Elmar / Stephan Leibfried (2001), Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Roemer, John E. (1998), Equality of Opportunity, Cambridge, MA – London: Harvard University Press.

Schulmeister, Stephan (2007), Neoliberalismus, Finanzkapitalismus und die Krise des europäischen Sozialmodells, WISO 30, Nr. 1, Wien: Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, S. 73-110.

Schulmeister, Stephan (2010), Mitten in der Krise. Ein „New Deal“ für Europa, Wien: Picus.

Schürz, Martin (2007), Erbschaften und Vermögensungleichheit in Österreich, Wirtschaft und Gesellschaft 33/2, S. 231-254.

Schürz, Martin (2009), Reichtum – Spuren im Nebel, WISO 32, Wien: Institut für Sozial- und Wirtschaftsforschung, S. 13-29.

Swift, Adam (2008), The Value of Philosophy in Nonideal Circumstances, Social Theory and Practice 24, No. 3, S. 363-387.

Tullock, Gordon (1971), Inheritance Justified, Journal of Law and Economics 14, S. 465-474.

Waldron, Jeremy (1988), The Right to Private Property, Oxford: Clarendon Press.